

Verleger: Julius Neidhardt, Dresden, Neudammstr. 11. Preis: 10 Sgr. 6 Pf. (100 Exemplare 100 Sgr.)

Dresdener Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Verleger: Julius Neidhardt, Dresden, Neudammstr. 11. Preis: 10 Sgr. 6 Pf. (100 Exemplare 100 Sgr.)

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Kiepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt. Nr. 18. Achtzehnter Jahrgang. Dresden, Sonnabend, 18. Januar 1873.

Politisches.

Nur gering ist heute die Ausbeute an neuen Nachrichten. Das preussische Abgeordnetenhaus ist verstärkt worden durch die Wahl des früheren Rundschaubers der Kreuzzeitung, des Herrn v. Gleditsch, welcher, obwohl eifriger Lutheraner, doch von den Katholiken des Rheinlandes wegen seiner Gegnerschaft gegen das Bismarcksche Deutschland gewählt wurde. Das Haus hat die erste Lesung der staats- und kirchenrechtlichen Vorlagen des Cultusministers Dr. Falk begonnen. Gegen den König von Bayern macht sich neuerdings eine gewisse Gereiztheit in der preussischen Presse wieder geltend. Man munkelt sogar von dem Rücktritt des jetzigen Ministers. Der König konnte sich nicht entschließen, den Grafen, den er am päpstlichen Hofe unterhält, den Grafen Tauffkirchen, ebenso anlässlich der päpstlichen Brandrede abzuberufen, wie Bismarck den Vertreter des deutschen Reichs beim Papste, den Unterleutnant Stamm. In Berlin scheint man das Verbleiben Tauffkirchen's in Rom sehr übel zu empfinden.

Zwischen Thiers und dem Verfassungsausschuss herrscht wieder einmal allerhöchste Harmonie. Auf wie lange? darf man freilich nicht fragen. Die zu Ehren des Gedächtnisses an Napoleon in den Pariser Kirchen abgehaltene stille Todtenmesse war wenig besucht; nirgends zeigte sich Aufregung. Die Polizei hatte trotzdem Vorsichtsmaßregeln getroffen, in einigen Vierteln zeigten sich Patrouillen.

In Kopenhagen beantworteten die sämtlichen Baumeister von Beruf die Befehle, durch partielle Entlassung der Meister nach und nach abzuschließen, durch Einstellung der Arbeiten auf allen Bauten; die Schuhmachergesellen Berlins haben sich über die Frage: ob Massen- oder Guerilla-Strike jetzt zu unternehmen seien, noch nicht ganz geeinigt, die Berliner Schuhmachermeister aber erhöhen den Preis aller ihrer Waaren um 3 1/3 %.

England wird das dort fast unerhörte Schauspiel eines Preßprocesses erleben. Die türkische Regierung verklagt die „Times“ wegen Veröffentlichung einer gefälschten Depesche über Ummwandlung der türkischen Staatsschuld. Wer so viel Butter auf dem Kopfe hat, wie die Türkei bezüglich ihrer faulen Finanzen, sollte nicht in die Sonne gehen, besonders nicht wenn die Sonne solche Strahlen werfen kann, wie das Weltblatt, die Times, in ihren vernichtenden Artikeln.

Während in ganz Europa das Frühjahr um 2 Monate zu zeitig eingetroffen zu sein scheint, in allen Redaktionsstuben täglich 3-4 Schmetterlinge herumflattern, um sich auf zarte im Freien entsprossene Kinder Florenz niederzulassen, während die Bauandwerker die milde Witterung segnen, die Kohlenhändler sie vermischen, während die sächsischen Brauereien theils norwegisches, theils ergebirgisches Eis (letzteres in Scherben) einfahren, während auf der Elbe die Schiffsahrt sich regt und lange Flöße schon thalwärts treiben, tritt in Sibirien der Winter mit allen seinen Schrecken in ungewöhnlich starkem Maße auf. Der liebe Gott kann's eben nie recht machen.

Locales und Sächsisches.

Der 1. Commissar der Lotteriedirection, Finanzrath Müller in Leipzig, hat das sächsische Ehrenkreuz 2. Classe erhalten.

S a n d t g. Die Wichtigkeit der geistigen Verhandlungen erkannte man nicht nur daraus, daß alle Tribünen überfüllt waren (auch die Diplomatenloge war stark besetzt), sondern daß von allen 80 Abgeordneten nur 2 fehlten und zwar weil sie krank darniederliegen (v. Hauven und Seidel). Abg. Strobel hatte einen geschäftlichen Aufenthalt in Wien abgefaßt, um an der Abstimmung theilzunehmen zu können. Die Rechte empfing ihn mit Willkommen, aber sie blies, da obige 2 Abgeordnete fehlten, trotzdem in der Minderheit. Die Majorität gegen die Regierung war jedoch nirgends eine 2/3 Majorität, so daß das Schulgesetz noch nicht als definitiv verworfen gelten kann. Die Debatten eröffneten die Referenten. Dr. Wanktzenz schneide von seinem Standpunkte die wichtigsten Differenzen zwischen den Beschlüssen der 1. und 2. Kammer. Zuerst sei nicht darin nachzugeben, daß die Kinder von Dissidenten (nach der 1. Kammer) wenigstens in einer anerkannten Religion unterrichtet erhalten sollten. Das sei ein unstatthafter Eingriff in die Gewissensfreiheit der Eltern. Zweitens werde der ausschließlichliche Charakter der Volksschule die unglücklichen confessionellen Gegensätze schärfen, man solle aber dahin trachten, daß ein Hirt und eine Heerde werde. Die 1. Kammer fürchte, daß wenn evangelische Kinder in katholische Schulen gehen dürften, die zur Protestantenmacherei führe. Das sei aber Gegenstand der evangelischen Volksschulen höher ständen, als die katholischen und Protestantenmacherei mehr in den höheren, stark confessionellen Gesellschaften vorkomme, als im Volke. (Bravo!) Das Kultusministerium begünstige den Katholicismus und seine Geistlichkeit, lasse in der Verkauf von Nonnen, die keine Verbrüderung beständen, Volkunterricht geben, verweigere protestantischen Gemeinden, das Schulgeld auszugeben, gestatte das aber den katholischen Schulen. Auch in Zukunft würden die katholischen Geistlichen nicht der Schuldhaft, die Lehrer anstehen. Drittens läge man nicht die Kirchen, sondern man müsse die bürgerliche Gemeinde zur Schulgemeinde machen. Viertens thue man, wenn man das Privat-Schulwesen aufhebe, wie die Regierung vorschläge, den ersten Schritt zur Staatsschule und führe den Geist des Staatsdienertums in die Scherensicht ein. Fünftens gewähre man durch nicht scharfe Ziehung der Grenzlinie zwischen Kirche und Schul-

der Kirche, besonders im Religionsunterrichte, zu viel Rechte. Das Uebermaß des Religionsunterrichts schädige die Religion und stumpfe den religiösen Sinn ab. Schliessens müsse die Kammer darauf bestehen, daß die künftige Seminarordnung dem Landtag zur Genehmigung, nicht bloß zur Kenntniss, wie die Regierung wolle, vorgelegt werde. (Bravo! links.) Dr. F a h n legt dieser schwarzen Schilderung des Volksschulgesetzes folgende entgegen: Dasselbe hebt den Bildungsstand des Volks, bereitet die Schule von jeder Herrschaft der Kirche, indem es den Superintendenten die Schulaufsicht nimmt und sie weltlichen Bezirkschulinspektoren überträgt. Der Führer der orthodoxen Geistlichkeit Sachsen sagte dabei: Das Gerber'sche Schulgesetz ist lange nicht, weil es die Kirche aus der Schule wirft. Es bietet aber viele Fortschritte, wie Jeder, der nicht die Schule zur Parteiache macht, anzuerkennen habe. Das alte Gesetz kennt eigentlich nur die einfache Volksschule, das neue eine, den Verhältnissen entsprechende dreijährige Schule, mindert die Schülerzahl, vermehrt die Unterrichtsgegenstände, erweitert in den mittleren und höheren Schulen die Schulzeit von 8 auf 9 Jahre, führt obligatorische Fortbildungsschulen ein und ersetzt das Schulgeld. Ein bürgerlicher Schulvorstand über- wacht, Bezirkschulinspektoren beaufsichtigen den Unterricht. Den Lehrern wird endlich einmal die Gleichstellung mit anderen Ständen gewährt. Dankbar erkennen die Lehrer die ihnen gebotenen Fortschritte an; die von 1000 sächsischen Lehrern beigesteuerte Königlich-Preussische Versammlung nahm an keinem wesentlichen Punkte des Gesetzes Anstoß. Dieses Schulgesetz ist das Beste in Deutschland. Das Volk wünscht es, unzulänglich freilich, wie Dr. Schaffrath, empfehlen die reichen Fortschritte, die es bietet. Verwerfen Sie es nicht, um nicht Stillstand in der Schulgesetzgebung eintreten zu lassen. (Bravo! rechts.) Präsi. Dr. Schaffrath erklärt, er erkenne die vielen großen Vorzüge des Gesetzes gern an und wünsche lebhaft, daß es zu Stande komme. Doch könne er nicht für alle Punkte desselben stimmen. Abg. v. J a h n : Der Dissidentenparagraf soll verhindern, daß nicht im Volke Kinder aufwachsen, denen nicht einmal der Begriff von einem Gotte beigebracht werden darf. Jemand ein Religionsunterricht müsse doch den Kindern gegeben werden. Das Gesetz wolle freiweg, wie man immer ausprengt, die Kirchengemeinde zur Unterlage für die Schule machen, sondern nur die bürgerliche Gemeinde. Bei Vorlage der Seminarordnung werde die Kammer alle Wünsche zur Geltung bringen können. Der Redner, der in sehr ruhiger, sachgemäßer Weise alle Gründe der 2. Kammer bekämpfte, schließt: Was steht auf dem Spiele? Monatslang sind wir beinahe gesehen, heute soll sich's entscheiden, ob aus unsren Verhandlungen wirklich eine Frucht hervorgeht oder sie resultatlos verlaufen! (Bravo!) Dr. W i e d e r m a n n hält eine sehr lange leidenschaftliche Rede über Allerlei, was zur Sache und nicht dazu gehört, dann noch über Mancherlei und Schicklich über noch Einiges. Von seinem Halbdruker, dem Grafen Werth, hat er die Gewundenheit der Beweisführung. Zunächst verdrängt er mehrere Artikel untreu Blattes, denen er offizielles Urspunge andichtet. Dann wirkt er dem Cultusminister Wanktzen an Gegenkommen vor. Die Regierung solle mehr Rücksicht nehmen auf die Wünsche der 2. Kammer, nicht so auf die der 1. Kammer, da die letztere nicht ihre Kinder in die Volksschule schicken, wie die Mitglieder der 2. Kammer. Die höchsten Interessen des Volkes ständen auf dem Spiele. Der Minister von Gerber habe zwar gesagt, daß preussische Schulgesetz solle nicht so freilich aus, als das sächsische; er aber glaube das nicht. Die 2. Kammer solle an Minderheit der 1. Kammer nicht nachgeben. Schliesslich meint er im Gegensatz zu Dr. Wanktzen, der den confessionellen Frieren als wünschenswerth bezeichnet hatte: man müsse eintreten in den Kampf zwischen Staat und Kirche. Er bekümmert unter Aufgebot lebhafter Geberden die Kammer, daß Gerber'sche Geiz zu verwerfen. Der Minister Dr. v. G e r b e r bekräftigt, daß die Regierung sich der Presse bedient habe; er erklärt, daß er bis an die Grenze des Möglichen der liberalen Kammer entgegengekommen sei, daß sein Geiz einen entsetzlichen freilichigen Charakter trage, daß der confessionelle Charakter der Volksschule in Sachsen von der Natur gegeben sei, daß das Gesetz aber mild verfare und nicht verwerfe, daß eine bessere Volksschule auch von Andern einer anderen Confession beibracht werde. Jemand einen Religionsunterricht müsse man aber doch den Kindern von Dissidenten geben, doch brauchten diese nicht in der betr. Religion dann konfirmirt zu werden. Der Religionsunterricht solle nicht mehr wie 3-4 Stunden in der Woche umfassen. Eingriffe der Kirche in die Schule werde die Regierung nicht dulden. Der Minister schließt mit einer herzlichen Bitte, doch ein Gesetz nicht zu verwerfen, welches in außerordentlicher Weise die Volksschule heben müsse, das aus dem reichlichsten Willen hervorgegangen sei und das dem Volke zum Segen dienen werde. (Beifall.) Der Vicepräsident S t r e i l l weist mit Recht die Verdächtigung zurück, als habe er sich auf dem letzten Dinner beim Könige bestimmen lassen, sich für die confessionelle Schule auszusprechen. Wiedermann wolle nur eine Theorie auf dem Baire ausführen; da sei er aber doch für praktische Durchführung der außerordentlichen Fortschritte des Schulgesetzes im Veden. In langer, gründlicher Auseinandersetzung fährt er fort, wie der confessionelle Charakter der Schule ganz unbedenklich sei, wie er jedoch nicht für zwangsweligen Religionsunterricht an Dissidentenkindern genommen könne. (Beifall.) Auf mehrere Fragen von ihm erklärt der Minister, daß die Volksschule eine bürgerliche Institution sei, daß der Dissidenten-Paragraf in Preussen bestehe, daß die katholischen Schulen ebenfalls ihren Schulvorstand erhalten würden, der die Lehrer zu wählen habe, daß die katholischen Schulen ebenfalls unter der Staatsaufsicht stehen. Nachdem Jungnickel gegen die Vorlage gesprochen, bemerkt Dr. Wanktzen im Schlußworte, daß die ganze Frage jetzt eine Machfrage zwischen 1. und 2. Kammer geworden sei und daß die 2. Kammer nicht den Geist der Beschlüsse der 1. Kammer adoptiren dürfe. Das Land erwarte, daß die Kammer die Vorlage verwerfe. (Beifall links, Widerspruch rechts.) In der Specialdebatte sprechen Rackerstein, Walter und v. G i n d e l für confessionelle Schulen, Wiedermann, Wenzel, Dr. Heine und Dr. W i g a n d ebenfalls dagegen. Gegen W i g a n d's Bemerkung, daß, wer mit der 1.

Kammer stimme, die Forderungen der Neuzeit verkenne, protestirt G i n d e l. Ludwig nennt den betreffenden Paragraphen antiprotestantisch, verfassungswidrig und antideutsch. Es sei eine Schande, für ihn zu stimmen. Damit überschreiten Sie alle Grenzen der parlamentarischen Freiheit; ruft Dr. Schaffrath. Schliesslich verwerfen gegen 37 Stimmen folgende 41 Abgeordnete die confessionelle Schule: W e d e r, Dr. Wiedermann, F i s c h e, J a h n a u e r, Dr. G e n s e l, G o e d e l, Dr. Heine, Heinz-Dolgowitz, J o r d a n, J e r a e l, J u n g n i e d e l, K l e m m, K o p f e r, A d d e r, K o e n e r, K r a u s e, K r e t z s c h m a r, K r ö g e r, K ü r z e l, L a n g e, L u d w i g, M a h, Dr. W i n k l e r, O e h m i c h e n, Dr. R a n k, W e n z e l, W e t t e r, Dr. W i e f e r, W i l h e l m, W o r n i s, Dr. R e n p f e, M e d e l, Dr. S c h a f f r a t h, S c h n o o r, S c h r e d, S c h u b a r t, S c h u l z e, S t a u s, U h l e, Dr. W i g a n d. Der Dissidentenparagraf wird mit 42 gegen 36, die Regierungsvorlage, daß über die Zahl der Religionsstunden und die Seminarordnung keine Bestimmung in's Gesetz aufgenommen werde, gegen 36 und 34 Stimmen verworfen. Schluß der Debatte morgen.

— Betreffs der jetzt geplanten Reorganisation des Fortwessens erhalten wir von heroorragender Seite folgende Zuschrift: Unter den Staatsforstbeamten Sachsens macht sich ein lebhaftes Streben bemerkbar, sich einen ihrer wissenschaftlichen Ausbildung entsprechenden Wirkungskreis, wie auch eine mit dieser in Einklang stehende äußere Lebensstellung zu erringen. Kein Wunder, endigt doch bei 90 Procent derselben trotz Gymnasialmaturität, trotz der Studien auf der Akademie und Universität, die Karriere in der achten Staatsdienerrangklasse, während beispielsweise der achtzehnjährige Leutnant die feintige in der fünften Rangklasse beginnt. Daß bei einem solchen Ringen, wenn die Ansichten nicht durch gegenseitigen Austausch modificirt werden, auch übertriebene Forderungen gestellt werden, ist natürlich, denn nicht Allen wurde die nötige Bescheidenheit und die nötige Klarheit bei ihrer Geburt mit auf den Weg gegeben. Von Unkenntnis der Verhältnisse aber zeigt es, wenn man, wie es leider geschieht, das aus Ehrliche hervorgegangene und gewiß ehrenhafte Streben dieser anerkannt loyalen Unterthanen des Königs mit socialistischen Bestrebungen vermengt. Möge daher, wenn auch nur langsam, Wahrheit und Recht auch hier zum fröhlichen erkämpften Siege gelangen und die entgegenstehenden Vorurtheile überwinden!

— Ein Postpaket, enthaltend 10,000 Thlr. Ort., und zwar 1000 Stück à Fünftaler- und 5000 Stück à Einthalerscheine, wurde am 11. d. M. in Leipzig mit Abresse: „An den Chemnitz' Bankverein, Chemnitz“ und dem Siegel der Weimarschen Bank zur Post aufgegeben und ist am Bestimmungsorte nicht eingetroffen. Das Paket war bloß mit der Aufschrift „Werth fünfzig Thaler“ versehen. Ein Anschlag in Chemnitz fordert man zur Mittheilung von Nachrichten, welche zur Wiedererlangung des Geldes führen könnten, gegen Zusicherung einer angemessenen Belohnung auf.

— Im Interesse unserer Blauenschen Leser haben wir bei der Pferdebahn-Direction Erkundigungen eingezogen, wo denn der Hafen eigentlich liegt. Die Direction erklärte auf unsere Interpellation: 1) Sie beginne die Befahrung der noch nicht einmal ausgebauten Strecke allstündlich, halte aber diesen Zeitabschnitt später für ungenügend; fasse die halbthündliche Beförderung bereits jetzt in's Auge und werde seinerzeit auch noch öfter fahren, selbst aller zehn Minuten. 2) Der Fahrpreis ab Felschloffen-Stadt 15 Pf., Plauen-Stadt 20 Pf., sei für sie eine Frage, die der Praxis unterliege. Mehr ist gar nicht vorzuschlagen. 3) Das Umsteigen am Böhmischen Bahnhofe ist unvermeidlich, da die Pferde nicht 3/4 Meile anhaltend durchlaufen können. Das Umspannen (wenn es möglich wäre) würde mehr Zeit erfordern, als Umsteigen. Anschluß ist am Böhmischen Bahnhofe immer sicher; die Anschlußwagen sind dort stets noch leer. Durch Umsteige-Marken erlangt der Fahrgast ohne Unkosten das Recht, z. B. bis zum Pirnaischen Platz zu fahren. 4) In Paris, Wien, Leipzig existirt dieselbe Einrichtung unbeanstandet. Der natürliche Umsteigepunkt wäre wohl Victoria-Hotel. Daß dort der Platz fehlt, sieht Jeder ein. Wir rathen unseren Blauenschen Klienten, vorläufig zu nehmen, was geboten wird: Kom ist auch nicht an einem Tage gebaut worden!

— Die Lindenstraße ist nun bis zur Sidonienstraße, die Moszimschstraße bis zur Beuststraße verlängert.

— Es ist eine, vielleicht Vielen bekannte Thatsache, daß man einen Ziegelstein trotz seines nicht so gar großen Gewichtes nicht lange, so daß der Stein nach unten hängt, mit den Fingern erhalten kann. In einem Restaurant der Johannisgasse entspann sich vorgestern ein Disput über die Schwere und Tragkraft und Zähigkeit des Menschen, und der gemüthliche Wirth behauptete einem der Gäste gegenüber, der sich einer höheren Kraft bewußt, er vermöge nicht in jeder Hand einen Ziegelstein bis zum Geozenthor zu tragen. Lächerlich, meint Jener und nimmt eine Wette um einen Louisd'or darauf hin an. Die Ziegelsteine werden gebracht, sechs Mann als Preisrichter ernannt und — der Zug setzt sich in Bewegung. „Wenn es gethan sein soll, so wär' es gut, es würde rasch gethan“, monologisirte der Steinträger mit Othello und beginnt in diesem Sinne zum Stauern der Passanten einen entschiedenen, ausdrucksvollen Geschwindschritt; die sechs Richter natürlich steigen leuchtend hinterher. Es schließt